

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Haushaltsrede 2009

Liebe Mitglieder des Rates
der Stadt Lüdinghausen,
meine sehr geehrten
Damen und Herren,

manchmal wäre es schön, über die Fähigkeiten der bezaubernden Jeannie aus der amerikanischen Fernsehserie der sechziger Jahre zu verfügen. Jeannie war eine blonde, wohlgeformte Flaschengeistin, die nur ihre Arme verschränken und mit den Augen zwinkern musste, und - zapp, zupp - schon zauberte sie dieses herbei und jenes weg.

2009 droht leider ein Jahr zu werden, in dem man so manches wegzaubern möchte. Die Rezession, den Klimawandel, die stets präsente Gefahr des Terrorismus.

Aber auch - und das gestehe ich gerne ein - so manche überörtlichen Entscheidungen.

Wir wissen alle, das dies leider nur in einem Film, in unseren Wunschvorstellungen möglich ist. Die Realität sieht leider anders aus. Und so müssen wir uns den tatsächlichen Gegebenheiten stellen, sie beachten, sie berücksichtigen. Denn Lüdinghausen lebt leider nicht auf einer Insel der Glückseligkeit.

2008 ist so zu Ende gegangen,
wie 2009 begonnen hat.

Das Finanz- und Kreditproblem, das seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres Amerika beutelt, hat sich im letzten Quartal des gerade abgelaufenen Jahres zu einer Weltwirtschaftskrise ausgewachsen. Die Nachfrage nach Rohstoffen, Maschinen und Industrieausrüstungen, Flugzeugen und Autos ist allenthalben eingebrochen, was nicht nur, aber auch Deutschland hart trifft. Wir leben gut vom Export, wenn er denn floriert. Er tut es derzeit nicht, sodass sich Unsicherheit, Kostendruck, Angst um Arbeitsplätze breit machen. Keiner weiß genau, ob es schlimm wird, wie es werden könnte. Da die Deutschen aber hervorragend die Kunst beherrschen, anzunehmen, dass sowieso alles noch schlimmer kommt, übertreffen sich die Kassandraisten in Wirtschaft, Politik und Medien:

- anderthalb Prozent Wachstumsrückgang, zwei Prozent, ach was: drei Prozent! Ähnlich die Neuverschuldung: 20 Milliarden, nein: 30, nehmen wir gleich 50 Milliarden oder jetzt sogar 80 Milliarden. Ist doch egal. Wer mehr bietet, genießt Aufmerksamkeit und rückt in den Talkshows drei Felder vor. Egal, was solche Entscheidungen, für unsere nachfolgenden Generationen bedeuten.

Nur gut, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sich von diesen Krisenszenarien bislang nicht haben anstecken lassen.

2008, meine sehr geehrten Damen und Herren, gab es ein bedeutendes finanz- und wirtschaftspolitisches Jubiläum: Am 21. Juni 1948 fand in den drei westlichen Besatzungszonen die Währungsreform statt.

Die D-Mark wurde eingeführt und zugleich war es die Geburtsstunde der sozialen Marktwirtschaft. Was danach begann - nur drei Jahre nach Kriegsende - wurde oft als das „Deutsche Wirtschaftswunder“ bezeichnet, so als ob es auf einmal Marktstücke wie Sterntaler vom Himmel geregnet hätte.

Tatsächlich aber hatten der schnelle Wiederaufbau und der andauernde ökonomische Aufschwung der jungen Bundesrepublik ganz handfeste Ursachen: Die Verbindung aus Währungsreform und sozialer Marktwirtschaft mit der Preisfreigabe und dem Abbau von bürokratischen Hürden.

Übrigens: 30 Jahre nach der Währungsreform führten die Großbanken dann den „Dispo“ ein. Auch das hatte so manches Wunder zur Folge, allerdings nicht selten ein „blaues“ - wenn die Schulden kein Ende mehr nahmen.

Sie werden sich jetzt sicherlich fragen: *Warum erzähle ich Ihnen das alles?* Nicht aus Nostalgie, sondern weil wir aus beiden etwas für unsere nunmehr bevor stehenden Haushaltsplanberatungen lernen können. Das „Wirtschaftswunder“ war keine Fügung des Schicksals, sondern das Ergebnis von Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Vertrauen in die Zukunft und von Vertrauen der Menschen in sich selbst - trotz einer katastrophalen Ausgangslage.

Und der „Dispo“, der Überziehungskredit? Nun, das war sozusagen im Kleinen der Sündenfall, den der Staat Jahrzehnte später im Großen bis zur Selbstverständlichkeit praktizierte: Nämlich Leben auf Pump zu Lasten der

nachfolgenden Generation, bis die Schmerzgrenze erreicht war, oder mit den jetzigen Beschlüssen auf Bundesebene sogar überschritten wird.

Liebe Stadtverordnete,

der vor Ihnen liegende Haushaltsentwurf fährt einen ausgewogenen Kurs – wie Sie es ja schon seit Jahren gewohnt sind – zwischen einer weiteren Haushaltskonsolidierung und soliden Zukunftsinvestitionen.

Wenn ich von Zukunftsinvestitionen spreche, so meine ich damit insbesondere unsere Kindergärten, unsere Schulen, die Bildung, unsere Vereine. Darauf werden auch die Schwerpunkte unserer Investitionen in den kommenden Jahren liegen.

Wer genau hinsieht, meine sehr geehrten Damen und Herren, der merkt recht schnell, dass kommunale Selbstverwaltung nicht autonome Haushaltsgestaltung bedeutet. Wir alle wissen sehr genau, wie abhängig wir von dem sind, was uns der Bund, das Land als auch der Kreis ständig aufbürden.

Auf die Details werde ich gleich noch im Einzelnen eingehen. Da werden Sie selber sehen, welche Probleme hausgemacht sind und welche nicht.

Zum 01.01.2009 haben nun alle Städte und Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen ihr Rechnungswesen auf Basis der kaufmännischen, doppelten Buchführung - N K F - umgestellt.

Für die Stadt Lüdinghausen ist es bereits der zweite Haushaltsentwurf der nach diesen Vorgaben erstellt worden ist. Doch diese große Reform ist nicht das einzige, das uns in Nordrhein-Westfalen derzeit beschäftigt.

Wir sprechen auch über das sogenannte Konjunkturpaket II. Das Paket soll Medienberichten zufolge einen Gesamtumfang von rd. 50 Mrd. Euro haben. Die Verteilung der Mittel und die Eckpunkte des Konjunkturpaketes sind derzeit noch nicht abzusehen.

Auch wenn die Einzelheiten der Einigung in der Koalition noch nicht feststehen, scheint Übereinstimmung darin zu bestehen, dass die Städte und Gemeinden einen wichtigen Beitrag im Rahmen eines kommunalen Infrastrukturprogramms zu dem Konjunkturpaket leisten sollen.

Nach dem jetzigen Informationsstand wird der kommunale Teil des Konjunkturpaketes bereits vorhandene Förderwege (Investitionspakt, KfW-

Programme) verstärken und zusätzliche Sonderhilfen für besonders finanzschwache Kommunen zur Verfügung stellen.

Von dem kommunalen Investitionsprogramm in Höhe von 10 Mrd. Euro werden etwa 21,3 % auf Nordrhein-Westfalen entfallen, d. h. 2,13 Mrd. Euro. Hiervon sollen 65 % für den Bereich Bildung vorgesehen werden (rd. 1,4 Mrd. Euro), wobei ein Teil der Mittel zur Investition im Bereich der Hochschulen für das Land zur Verfügung stehen sollen. Wie hoch der Landesanteil für die Investition in den Hochschulen sein wird, ist derzeit noch nicht geklärt. Die Mittel für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur werden ungeschmälert an die Kommunen weitergegeben.

Nach welchem Verfahren die Investitionsmittel auf die Kommunen verteilt werden, ist noch offen. Wegen der noch ungeklärten Fragen ist derzeit unklar, wie hoch der Betrag ist, der auf die einzelne Stadt oder Gemeinde entfällt. Hinsichtlich der Verteilung der Mittel konnte dahin gehend eine Verständigung erzielt werden, dass die zu Verfügung gestellten Mittel „zu 70 % zur Finanzierung kommunal bezogener Investitionen“ eingesetzt werden sollen. Die Feststellung ist als politischer Erfolg der Städte und Gemeinden zu werten, weil damit das Vorhaben der Bundesländer den zwingenden Anteil kommunaler Investitionen auf 51 % abzusenken gestoppt werden konnte.

Problematischer schätze ich den zwingend vorgesehenen kommunalen Eigenanteil ein, weil hier die Frage offen bleibt, wie trotz dieser Festlegung Investitionen von Kommunen, dieser Betrag zwischen den Kommunen - Großstädten, ländlicher Raum - verteilt wird.

Während im letzten Jahr der Haushalt erst Anfang April eingebracht werden konnte, ist dies in diesem Jahr fast ein ganzes Quartal früher möglich.

Verbessert gegenüber dem Haushaltsplan 2008, ist, dass die Ansätze des Vorjahres ausgewiesen werden.

Zu dem konnten bereits bei der Entwurferstellung dieses Haushalts auch die Leistungsdaten und Kennzahlen mitgeliefert werden, wie es das NKF auch fordert.

Dies sollte für uns alle die Beratung und die Steuerung des Haushaltes wesentlich erleichtern.

Nach einem Jahr Erfahrung mit dem NKF sind uns nun wichtige Begriffe schon vertrauter geworden, wie etwa:

- die Ergebnis- und Finanzplanung,
- Forderungen u. Verbindlichkeiten,

- **Produkte und Bilanzen.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete,

es schlägt heute, am 29. Januar dieses Jahres, mal wieder die Stunde der Wahrheit. Steigende Ausgaben bedingt durch neu zugewiesene Aufgaben,

- **bedingt durch höhere Versicherungsbeiträge von über 15 %**
- **bedingt durch höhere Gas- und Strompreise von über 12 %**
- **bedingt durch neue gesetzliche Vorgaben (Erhöhung der Brückengeländer auf 1,20 Meter) Mehraufwand knapp 100.000 Euro.**

höhere Forderungen Dritter, Senkungen von bislang gezahlten Dritt- Mitteln als auch bislang nicht erfolgte zugesagte Zahlungen auf der einen Seite, gleichbleibende und zum Teil sinkende Einnahmen auf der anderen Seite, erschwerten die Aufstellungen dieses Haushaltsentwurf. Aus diesem Missverhältnis trotzdem einen vernünftigen Haushalt aufzustellen, das war kein Kinderspiel.

Wir hätten es uns einfach machen können, wie es zum Beispiel der Kreis Coesfeld getan hat und für die auf ihn zukommenden Mehrbelastungen bedingt durch die Erhöhung der Landschaftsverbandsumlage, diese Erhöhung einfach durchzuwinken. Der Kreis hat die Auffassung vertreten: „Lass sich doch die nächst untere Instanz über den Ausgleich der von uns selber nicht zur verantwortenden Mehrbelastungen Gedanken machen. Sind wir doch nicht die Verursacher für die Erhöhung der Landschaftsverbandsumlage.

Das Vertrauen des Kreises Coesfeld in die Leistungsfähigkeiten seiner Städte und Gemeinden, verehrte Stadtverordnete, ehrt uns und müsste uns eigentlich stolz machen. Doch was hilft es uns, wenn der Kreis immer mehr Belastungen auf seine Städte und Gemeinden verlagert und wir nachher unter dieser Last zusammenbrechen.

Wir, liebe Stadtverordnete, haben keine Instanz mehr unter uns, der wir diese Aufgaben einfach übertragen können. Sicher, wir könnten es uns ebenfalls einfach machen, die Geldwegnahme durch Dritte, durch noch höhere Belastungen der Bürgerschaft wieder kompensieren. Das wollen wir nicht! Und das werden wir auch nicht tun, so lange bis wir keinen anderen Ausweg mehr sehen. Unsere Bürger sind schon zu genüge belastet. Deshalb bleibt uns nur übrig die Hausaufgaben der anderen auch noch mit zu erledigen.

Eine manchmal sehr frustrierende Aufgabe. Denn das, was wir im Rahmen unserer Haushaltskonsolidierung an Mitteln eingespart haben – und das ist nicht wenig – diese Beträge müssen wir an Dritte weiterreichen.

Bei der Aufstellung unseres Haushaltsentwurfes haben wir es mit den Worten unseres Altbundeskanzler Helmut Schmidt gehalten, der einmal gesagt hat:

„Rate den Mitbürgern nicht das Angenehmste, sondern das Beste!“

Ich denke, das tun wir mit dem neuen Haushaltsplan, der Ihnen jetzt vorliegt.

Die erfreuliche Nachricht für heute - und auf die Sie bestimmt gespannt gewartet haben: Der Ihnen im Entwurf zugehende Haushalt für 2009 ist buchungstechnisch durch die Ausgleichsrücklage „ausgeglichen“.

Damit ist keine aufsichtsbehördliche Genehmigung nach dem NKF-Gesetz erforderlich.

Dieses Ergebnis ist nicht selbstverständlich und kann auch nicht oft genug wiederholt werden.

Denn immerhin müssen mehr als 140 Städte und Gemeinden im Lande Nordrhein-Westfalen auch in diesem Jahr in die Haushaltssicherung, über 80 sogar in den Nothaushalt.

Im Wesentlichen im Jahr 2009 aber auch in den Jahren 2010 und 2011 wird der Haushalt mit einem jeweiligen Defizit abschließen.

Aufgrund der Ausgleichsrücklage ist dennoch keine aufsichtsbehördliche Genehmigung nach dem NKF-Gesetz erforderlich. Eine Aussage, die nicht hoch genug bewertet werden kann, unter dem Gesichtspunkt der schwierigen Rahmenbedingungen, die wir gegenwärtig vorfinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordnete,

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2009 mit ihren Anlagen wird Ihnen hiermit gemäß § 80 Abs. 2 GO NW zugeleitet.

Auch der Ihnen vorliegende NKF-Haushalt stellt dar, wie 2009 der finanzielle Rahmen gesteckt werden soll. Er zeigt zudem auf, wo in der Aufgabenerfüllung die Schwerpunkte zu setzen sind. Darüber hinaus sind

in dem Entwurf für die kommenden Jahre Eckpunkte der Entwicklung abzulesen.

Zum Haushalt des Jahres 2009 möchte ich nunmehr zusammenfassend vortragen:

Der Gesamtergebnisplan, der sämtliche Erträge und Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ausweist, weist ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 4.087.900 € aus.

Der Gesamtbetrag der Erträge beläuft sich auf 36.107.600 €.

Die Gesamtaufwendungen betragen 40.195.500 €.

Das negative Jahresergebnis muss durch eine Verringerung der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden.

Im NKF-Haushalt sind die Abschreibungen als Aufwand abzubilden. Nach vorläufigen Ermittlungen belaufen sich diese Abschreibungen auf gut 4. Millionen €.

Eine astronomische Zahl, auch im Jahr der Astronomie.

Demgegenüber stehen auf der Ertragsseite die Sonderposten in Höhe von 1.742.600 €.

Bei den Sonderposten handelt es sich um Zuweisungen und Beiträge für Investitionsmaßnahmen. Sie sind als eigenkapitalähnlich einzustufen und wie die Investitionsmaßnahmen selbst über deren Nutzungsdauer aufzulösen und als Erträge zu verbuchen. Die Sonderposten mindern damit den Abschreibungsaufwand. Der „Netto-Aufwand“ aus Abschreibungen und Sonderposten beträgt für 2009 demnach 2.812.360 €.

Wären da nicht die enormen Verschlechterungen bei der Kreisumlage und bei den Schlüsselzuweisungen – auf die ich noch zu sprechen komme – hätte dieser „Netto-Aufwand“ in 2009 sogar erwirtschaftet werden können. Diese Aussage, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten Sie sich bei Ihren Haushaltsplanberatungen ganz besonders zu Gemüte führen.

Ein neues Instrument im NKF ist die gerade von mir erwähnte Ausgleichsrücklage.

Die Ausgleichsrücklage ist nach den Vorschriften der Gemeindeordnung in der Bilanz zusätzlich zur allgemeinen Rücklage als gesonderter Posten des

Eigenkapitals anzusetzen. Sie kann in der Eröffnungsbilanz bis zur Höhe eines Drittels des Eigenkapitals gebildet werden, höchstens jedoch bis zur Höhe eines Drittels der jährlichen Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen. Diese Höhe bemisst sich nach dem Durchschnitt der drei Haushaltsjahre, die dem Bilanzstichtag vorangehen. Die Ausgleichsrücklage hat die Funktion eines Puffers für Schwankungen des Jahresergebnisses und darf zum Ausgleich von Überschüssen und Fehlbeträgen in der Ergebnisrechnung eingesetzt werden.

Die Ausgleichsrücklage der Stadt Lüdinghausen beträgt rd. 7,7 Mio. Euro. Davon stehen für 2009 und den 3 Planungsjahren rd. 6,9 Mio. zu Verfügung. Die Berechnung der Ausgleichsrücklage finden Sie in dem vor Ihnen liegenden Haushaltsplanentwurf (S. 51).

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete,

der Verwaltungsentwurf des Haushaltes 2009 sieht keine Erhöhung der Steuerhebesätze vor. Diese Feststellung gilt aus heutiger Sicht auch für den Zeitraum der Finanzplanungsjahre 2010 bis 2012. Damit bleiben die Steuersätze unverändert:

210 v. H. bei der Grundsteuer A,
400 v. H. bei der Grundsteuer B und
420 v. H. bei der Gewerbesteuer

Die Entwicklung in den kommenden Jahren wird zeigen, ob eine Erhöhung oder sogar Senkung der Steuerhebesätze geboten erscheint. Dies wird maßgeblich davon abhängen, ob die Bundes-, Landes- und Kreispolitik immer weitere Versprechungen für zusätzliche soziale Leistungen abgeben werden. Wenn die Bundes-, Landes- und Kreispolitik das tut, muss sie den Bürgern ehrlich sagen, dass sie dafür auch mehr Steuern bezahlen müssen. Notwendig ist es deshalb, die Leistungen auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren, ihnen effektiv zu helfen und den Menschen mehr Eigenverantwortung abzuverlangen. Nur so kann der Sozialstaat funktionsfähig bleiben.

Als grundsätzlich erfreulich ist die Entwicklung bei der Gewerbesteuer zu bezeichnen. Nach dem Einbruch im Jahr 2005, haben die Gewerbesteuern wieder ein ansprechendes Niveau erreicht:

- 6,25 Mio. € in 2007 und
- 7,6 Mio. € in 2008. Das sind 1,4 Mio. € über dem geplanten Ansatz.

Nach derzeitigem Stand erscheint, aufgrund der weltweit vorherrschenden Rezession realistisch zu sein, die Gewerbesteuer mit 6,2 Mio. € einzuplanen, wie wir es im Haushaltsansatz des Jahres 2008 vorgesehen haben.

Erfreulich scheint sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auch zu entwickeln. Für 2009 wird mit einer Einzahlung in Höhe von 8.500.000 € gerechnet. Gegenüber dem Ansatz des vergangenen Haushaltsjahres eine Erhöhung um 450.000 €.

Auf weitere wesentliche Haushaltspositionen möchte ich jetzt besonders eingehen:

1. Kreisumlage

Die Kreisumlage stellt mit 12.791.000 € die mit Abstand größte Ausgabenposition im städtischen Haushalt dar. Sie beträgt etwa 1/3 der ordentlichen Aufwendungen.

Insgesamt sind im Planungszeitraum (2009 bis 2012) über 51 Millionen Euro Kreisumlage an den Kreis Coesfeld abzuführen. Dabei haben wir unterstellt, dass es nicht zu weiteren Erhöhungen der Kreisumlagen kommen wird. In den vergangenen 10 Jahren (1999 bis 2008) erhielt der Kreis insgesamt 94,5 Millionen Euro Kreisumlage von der Stadt.

Der Ansatz im städt. Haushalt 2009 berücksichtigt eine Erhöhung des allgemeinen Hebesatzes der Kreisumlage um 0,68%. Daraus und aus den erhöhten Umlagegrundlagen ergibt sich gegenüber dem Haushaltsansatz 2008 eine Erhöhung um rd. 490.000 € in Bezug auf die allgemeine Kreisumlage.

Der Kreis hat nach eigenen Angaben sämtliche Verbesserungen aus der 2. Proberechnung zum GFG berücksichtigt. Jedoch hat er die Erhöhung der Landschaftverbandsumlage - wie bereits vorgetragen - voll an die Kommunen weitergegeben.

Bei der Kreisumlage - Mehrbelastung Jugendamt - ist für 2009 eine Erhöhung um 1,24 Prozentpunkte vorgesehen. Der Landrat begründet diese Erhöhung, die gegenüber dem Vorjahresansatz rd. 488.000 € beträgt, wie schon im Vorjahr, mit Mehraufwendungen aus der Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz).

Ferner werden Kostensteigerungen bei den „Hilfen in Erziehungsangelegenheiten“ geltend gemacht. Im Wesentlichen seien Steigerungen bedingt durch extrem hohe Zugänge von Fällen im Bereich der ambulanten erzieherischen Leistungen aber auch durch Steigerung der Kosten im Bereich der Heimbetreuung und der Vollzeitpflege.

Insgesamt beträgt die Erhöhung der Kreisumlage damit 978.000 Euro mehr in Bezug auf das Jahr 2008.

Der Anteil der Kreisumlage an den Gesamtaufwendungen des Haushaltes 2009 beträgt rund 32%. Rein rechnerisch bleibt festzuhalten, dass jeder dritte Euro an den Kreis abzuführen ist.

Neben der Kreisumlage erhöhen sich auch die Kosten der Unterkunft um 132.200 € auf nunmehr 812.200 €. Das sind nochmals 2%, die an den Kreis abzuführen sind.

2. Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale

Kommunen erhalten die Schlüsselzuweisungen auf der Grundlage des jährlich neu zu beschließenden Gemeindefinanzierungsgesetzes.

Wenngleich das Land in 2009 mehr Schlüsselzuweisungen auszahlt, erhält Lüdinghausen 2.088.000 € ! weniger.

Das liegt an zwei Gründen:

Zum einen sind die höheren Gewerbesteuer-Zahlungen aus dem I. Quartal 2008 im Berechnungszeitraum eingeflossen.

Und zum anderen erhielten die Schlüsselzuweisungen 2008 noch eine Erstattung aus dem Solidarbeitrag von 733.000 €.

Glücklicherweise ist dies nur eine Besonderheit in 2009. In den Folgejahren kann wieder mit „normalen“ Schlüsselzuweisungen gerechnet werden.

An Investitionspauschale nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2009 erhält die Stadt 971.000 Euro. Das sind 101.000 Euro weniger als im Vorjahr. Allerdings war im Vorjahr einmalig eine Erstattung aus dem Solidarbeitrag von 181.000 € in diesem Betrag enthalten.

3. Erträge aus dem Verkauf von Grundstücken

Die Stadt kann nach dem NKF bei einem Verkauf nur den Betrag als Ertrag einstellen, der den Buchwert übersteigt – also den Buchgewinn. Im Jahr 2009 können durch Verkäufe 531.600 € realisiert werden. Das sind 298.400 € weniger als im Vorjahr.

4. Schulpauschale und Sport-pauschale

Die Schulpauschale – neuerdings auch „Schul- und Bildungspauschale“ genannt – liegt mit 782.500 € erfreulicher Weise um 74.100 € über dem Ansatz des Vorjahres. Die Erhöhung der „Schul- und Bildungspauschale“ hängt alleine damit zusammen, dass die Erhöhung dieses Ansatzes ausschließlich zu Lasten der allgemeinen Schlüsselzuweisung erfolgte und damit das Land Nordrhein-Westfalen keine Mittel mehr an die Kommunen ausschüttet, sondern lediglich eine Umverteilung vornimmt.

Die Sportpauschale in Höhe von 65.300 € ist gegenüber dem Vorjahr in etwa unverändert geblieben.

Sowohl die Schulpauschale als auch die Sportpauschale sind in voller Höhe zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen vorgesehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vier Teilergebnispläne

- „Zentrale Finanzwirtschaft“,
- „Steuern und Gebühren“,
- „Allgemeine Zuweisungen, Umlagen“
- und „Finanzierungs- und Liquiditätsmanagement“

bilden den Produktbereich 16 - „Allgemeine Finanzwirtschaft“.

Dieser Teilergebnisplan schließt insgesamt mit einem Überschuss von 10.617.330 € ab.

Gerne möchte ich Ihnen, bezogen auf einzelne Positionen, die Veränderungen über 50.000 Euro gegenüber dem Haushalt 2008 nennen.

Bei den Einzahlungen

- eine Erhöhung von 63.600 € Eigenkapitalverzinsung (Abwasserwerk)
- eine Erhöhung von 130.000 € bei der Grundsteuer B
- ein Plus von 450.000 € beim Anteil an der Einkommensteuer
- ein Minus von 2.088.000 € bei den Schlüsselzuweisungen

Bei den Auszahlungen

- ein Plus von 978.000 € bei der Kreisumlage.

Wie in den Jahren zuvor mussten bei der Übernahme der Budgetanmeldungen der Fachbereiche zum Haushalt 2009 erneut erhebliche Abstriche gemacht werden. Die Fachbereiche waren aber wieder bemüht, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten und das Ausgabenniveau des Vorjahres nicht zu überschreiten. Dies war jedoch nicht in allen Bereichen möglich.

Zwar schließt nach heutiger Planung der Haushalt 2012 erstmalig wieder positiv ab, aber Eine Prognose, inwieweit in zukünftigen Jahren wieder ausgeglichene Haushalte möglich werden, möchte ich angesichts der ständigen Überraschungen (Konjunkturkrise u.ä.) nicht wagen. Konsolidierung wird also auch in Zukunft ein ständiger Wegbegleiter sein.

Die ohnehin nur noch wenigen freiwilligen Aufgaben und Leistungen werden immer wieder einer Prüfung unterzogen werden müssen.

Auf einen Vergleich und auf Erläuterung einzelner Aufgabenblöcke des vorliegenden Haushaltsentwurfes möchte ich verzichten. Bei den Beratungen in den zuständigen Ausschüssen wird näher darauf einzugehen sein.

Lediglich auf die Personalkosten 2009 möchte ich hier besonders eingehen. In den Personalaufwendungen 2009 ist die tarifliche Erhöhung für die Beschäftigten ab dem 01.01.2009 von 2,8 % sowie eine Einmalzahlung von 225 Euro eingerechnet.

Aufgrund der Personaleinsparungen steigen die Beamtenbezüge und die tariflichen Entgelte im städtischen Haushalt nur um 0,77%. Das sind 44.800 €.

Dagegen belasten die nach dem NKF neu zu bildenden Rückstellungen für Pensionen, Alternteilzeit und Beihilfe den Haushalt um 404.000 € zusätzlich. Würde man die von dritter Seite zu verantwortenden Erhöhungen im Personalbereich, wie etwa Tarifsteigerungen (2,8 %), Mehrkosten aufgrund Einführung Gesundheitsfond immerhin 24.000 Euro etc. außen vor lassen, hätten wir gegenüber 2008 eine nochmalige tatsächliche Einsparung im Personalkostenbereich von über 215.000 Euro erreicht.

An dieser Stelle gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen städtischen Einrichtungen, durch deren Leistungsbereitschaft eine Ausweitung des Personalbestandes und damit höhere Personalkosten vermieden werden konnten. Dabei sei gesagt, dass weitere Personalreduzierungen, nicht nur sinkende Standards zur Folge haben werden, sondern auch unverantwortbar sind. Allen Entscheidungsträgern sollte dies bewusst sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordnete, wenden wir uns jetzt den geplanten Investitionsmaßnahmen im Jahre 2009 und den Folgejahren zu. Diese geplanten Investitionsmaßnahmen werden geprägt sein an die hohen Erwartungen an eine erfolgreiche Kinder-, Jugend-, Sport- und Bildungspolitik. Angesichts der gewandelten Rollen ist eine neue Balance von Familien und Erwerbsarbeit von Nöten. Wir brauchen Wachstumstreiber statt Wachstumsbremsen, Bewegung statt Bevormundung - und das bedeutet vor allem: Bildung, Bildung und nochmals Bildung. Für diese unverzichtbare Bildung gilt es auch - wie wir es bereits schon in den

vergangenen Jahren erfolgreich praktiziert haben - die räumlichen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern.

Wollen wir eine Stadt der Zukunft bleiben, so müssen sich unsere Bewohner mit ihr identifizieren, sich in ihr wohlfühlen, sich für sie engagieren. In der Stadt der Zukunft leistet der Sport dabei auch einen wesentlichen und nicht austauschbaren Beitrag. Dabei bieten die Sportvereine den Menschen vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, für soziale zwischenmenschliche Kontakte, der Gesundheitsförderung, des bürgerschaftlichen Engagements und der Identifikation mit ihrer Stadt. Überall dort, wo Menschen leben, arbeiten und wohnen, ist der Sport nicht ein isoliertes gesellschaftliches Subsystem, sondern fester und sinngebender Bestandteil der Straßen-, Szenen-, Jugend-, Familien-, Senioren-, Fest- oder Vereinskultur. Deshalb wird das Ziel unserer zukunftsorientierten Stadtentwicklung neben der Bildung auch die kommunale Sportentwicklung sein, ein weiterer bedeutender Baustein jetzt und in der mittelfristigen Finanzplanung unserer Stadt.

Der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit beläuft sich nach dem Haushaltsentwurf 2009 auf 6.070.570 €.

Nach Abzug der Tilgungsleistungen für aufgenommene Kredite stehen demnach in 2009 5.739.430 € für Investitionen zur Verfügung.

Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit beläuft sich in 2009 auf 5.376.850 €.

Die Deckungslücke von 362.580 € zu den Auszahlungen bedeutet in diesem Jahr nicht, dass dafür Kredite zur Finanzierung aufgenommen werden müssen, sondern der Kurs der weiteren Entschuldung fortgesetzt werden kann.

Der positive Kassenbestand, der sich aus dem Abschluss des Jahres 2007 ergeben hat, und der sich im Jahr 2008 erhalten hat, versetzt die Stadt in die Lage, die Investitionen ohne die Aufnahme von Krediten zu finanzieren, womit die Verschuldung der Stadt weiter gesenkt werden kann. Hatte die Stadt Ende 2005 noch 7,0 Mio. € an Krediten, werden dies Ende 2009 nur noch 5,8 Mio. € sein.

Auch für die Investitionsmaßnahmen, mit denen bereits im vergangenen Jahr begonnen worden ist, bzw. für die eingegangenen Verpflichtungen (Verbindlichkeiten und Rückstellungen) können ohne die Aufnahme neuer Kredite aus dem Kassenbestand finanziert werden.

Die Finanzlage der Stadt und die Auswirkungen auf den Ergebnisplan durch die dort zu veranschlagenden Abschreibungen müssen bei der Betrachtung der Investitionsmaßnahmen berücksichtigt werden. Unter dem Aspekt der Finanzierbarkeit sind für Großprojekte nur Teilbeträge veranschlagt, sofern sich die Maßnahmen wirtschaftlich und bautechnisch auf zwei oder mehr Jahre verteilen lassen.

Die Endfinanzierung wird, dort wo es notwendig ist, durch Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre abgesichert. Der Haushaltsentwurf sieht Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.611.000 € vor.

Sofern also möglich und sinnvoll, werden die Maßnahmen in die Zeit gesetzt.

Ich hoffe, dass wir bei der Auswahl der Maßnahmen 2009 – auch in Ihrem Sinne – den richtigen Weg vorgeschlagen haben.

Die Investitionsmaßnahmen, die ich Ihnen für dieses Jahr vorschlagen möchte, entnehmen Sie bitte dem vorliegenden Haushaltsplan. Eine Zusammenstellung der Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von mehr als 30.000 € finden Sie auch im Vorbericht (S. 27).

Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle jedoch

- den NEUBAU von einem Kunstrasenplatz im STADION LÜDINGHAUSEN mit 900.000 €,
- die Weiterführung der UMBAUMAßNAHMEN an der ALTEN OSTWALLSCHULE mit circa 430.000 €,
- Der Beginn der SCHULHOFSANIERUNG an der HAUPTSCHULE mit 200.000 Euro.
- den Beginn der ERWEITERUNG der ST. MARIENGRUNDSCHULE mit circa 250.000 € und 2,3 Mio. € in den Jahren 2010/2011,
- Die Vornahme von Umbaumaßnahmen für ÜBERMITTAGSBETREUUNGEN an den WEITERFÜHRENDEN SCHULEN mit über einer Millionen Euro.

- zahlreichen STRAßENBAUMAßNAHMEN in den WOHN- UND GEWERBEGEBIETEN mit circa 1.280.000 €, wobei der Beginn des Endausbaus der Straßen im Baugebiet Stadtfeld II vorgesehen ist und auch den Ausbau von Wirtschaftswegen in Ondrup und Berenbrock mit circa 194.000 €. Sie werden im Haushaltsplanentwurf für dieses Jahr noch keinen Ansatz für Straßenbaubeiträge für die Wirtschaftswege im Außenbereich finden. Grund hierfür ist der, dass der Städte- und Gemeindebund des Landes Nordrhein-Westfalen das Thema Wirtschaftswege und Infrastruktur im Außenbereich als eines der Hauptthemen für 2009 vorsieht. Es ist von ihm ein Gutachten zu diesem Problemfeld an die Fachhochschule Detmold vergeben worden. Ergebnisse sollen im Herbst dieses Jahres vorliegen. Diese Ergebnisse sollten wir abwarten, bevor wir uns mit dieser Thematik erneut befassen.

Soviel zu den Investitionen bezogen auf das Jahr 2009.

Meine Damen , meine Herren,

der Haushalt 2009 und die Finanz- und Investitionsplanung bis 2012 sind unter Berücksichtigung der heute erhältlichen Daten aufgestellt worden.

Die Entwicklung der Kommunalfinzen hat besonders in den letzten Jahren immer wieder Überraschungen gebracht, so dass Zahlen von Heute bereits Morgen schon wieder Makulatur waren. Es bleibt zu hoffen, dass der Bund und das Land verlässlichere und berechenbare Partner werden, die den Städten und Gemeinden bei ihren Finanzentscheidungen die „Luft zum Atmen“ nicht gänzlich nehmen. Denn Zukunft entsteht nicht nur beim Bund, beim Land oder beim Kreis. Zukunft entsteht vor der Haustür. Zukunft entsteht bei den Kommunen. Zukunft entsteht hier!

Die jüngsten Bemühungen und Entscheidungen zur Konsolidierung des städt. Haushaltes sollten auch nicht dazu dienen, dem Land und dem Bund die Möglichkeit zu bieten, den Städten und Gemeinden immer neue Aufgaben zu übertragen, ohne für die entsprechende Gegenfinanzierung gesorgt zu haben.

Jüngstes Beispiel ist das Fünfte Gesetz zur Änderung des SGB II mit dem der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft von ursprünglich 32 % auf 28,6 % und nunmehr auf 25,4 % gesenkt wird, obwohl jeder weiß, dass die tatsächlichen Ausgaben von Bedarfsgemeinschaften für Unterkünfte steigt. Allein für Lüdinghausen bedeutet dies eine Mehrbelastung von circa 70.000 Euro im Jahr.

In den Haushaltsjahren 2009 bis 2011 decken die Einzahlung nicht die Auszahlungen, so dass zum Ausgleich weiterhin Mittel der Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen werden müssen. Unsere Hauptaufgabe wird sein, auf die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu verzichten oder zumindest auf ein Minimum zu beschränken, um nicht in die Haushaltssicherung abzurutschen.

Das Investitionsvolumen im Investitionsplanungszeitraum 2009 - 2012 erreicht über 18,5 Mio. Euro. Schwerpunkte dieses Investitionsvolumens werden weiterhin der Schulbau als auch der Sportplatzbereich sein. So sieht alleine der Investitionsplan 2010 für den Schulbereich 1.975.000 € vor, wobei alleine je 1.150.000 € auf die St. Mariengrundschule im Jahre 2010 und 2011 entfallen, vor.

Mit gut 1,3 Millionen Euro soll der Endausbau Stadtfeld II in diesem Jahr begonnen und im kommenden Haushaltsjahr abgeschlossen werden. Bezogen auf die von allen Seiten gewünschte Sporthalle sieht die mittelfristige Finanzplanung erstmalig einen Planungsansatz von derzeit 100.000 Euro vor.

Liebe Stadtverordnete,

der neue Haushaltsentwurf 2009 setzt neue Schwerpunkte für die Haushaltsberatungen. Wir sollten nicht über jede einzelne Haushaltsstelle diskutieren, sondern uns um die großen Aufwandsposten kümmern. Die Politik soll die Ziele vorgeben und letztendlich diese Ziele kontrollieren.

Zwar sieht der Haushalt 2009 einen Griff in die Ausgleichsrücklage in Höhe von circa 4 Mio. Euro vor. Dies ist jedoch im Hinblick auf den sich in der Tendenz verbessernden Verlauf der Finanzen in den kommenden Jahren noch ein akzeptables Ergebnis.

Gemeinsames Ziel muss aber weiterhin bleiben, den Ausgleich des Haushaltes auch ohne Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu erreichen. Dies ist jedoch ein hoch gestecktes Ziel, wenn man die Plandaten der Haushaltsjahre 2010 - 2012 betrachtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordnete,

kennen Sie die Geschichte vom Fischer, der in der Sonne sitzt, als er von einem knipsenden Touristen gestört wird? Er will wissen, warum der

Fischer nicht öfter hinaus fährt, mehr Fische fängt, ein größeres Boot kauft, Überschüsse erwirtschaftet....., um später gemütlich die Beine hoch legen zu können....

"Aber das tu ich ja schon jetzt", sagt der Befragte in Heinrich Bölls Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral. Ich sitze beruhigt am Hafen und döse. Nur Ihr Klicken hat mich dabei gestört."

Wäre das doch schön, wenn uns ein bisschen mehr von dieser Gelassenheit zu Eigen wäre. Die Realitäten sind allerdings andere und ein fiktives Meer mit unendlichen Fischgründen ist nicht zu vergleichen mit den zahlreichen und vielfältigen Herausforderungen der Zukunft.

Carl von Clausewitz hat es auf den Punkt gebracht:

„Ohne Mut und Entschlossenheit kann man.... nie etwas tun, denn Gefahren gibt es überall!“

Diesen Mut und diese Entschlossenheit wünsche ich uns allen. Lassen Sie uns auch in Zukunft

- gemeinsam für die Interessen unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger eintreten.
- Gemeinsam die kommenden Herausforderungen meistern.

Es lohnt sich!

Meine sehr geehrten

Damen und Herren,

es gäbe noch viel zu sagen - vieles, was es auch wert wäre ausführlich dargestellt zu werden.

Ein Blick auf die Uhr verrät mir jedoch, dass ich Ihnen heute am 29. Januar, zu Beginn des Jahres, schon viel zugemutet habe. Für Ihr Zuhören aber auch für Ihre Geduld bedanke ich mich. Genau so wie ich Dank sagen möchte, allen, die am Zustande kommen dieses Etatentwurfes beteiligt waren, ganz besonders bei Herrn Tuschmann, dem ich an dieser Stelle die herzlichsten Genesungsgrüße überbringen möchte, aber auch bei Herrn Hartlage, der in

hervorragender Weise die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2009 vollendet hat. In einer seltsamen Personalunion waren beide gleichzeitig Milchkuh, Hamster und Kettenhund. Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Vertretern im Ehren- und Hauptamt, Herrn Weiland, Herrn Holz und Herrn Dr. Scheipers, bei allen Stadtverordneten, den Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Waldt, Herr Spiekermann-Blankertz, Herrn Mönning und Herrn Schwarzenberg sowie bei allen Fachbereichsleitern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich bin überzeugt, dass es uns gelungen ist, den Gestaltungsspielraum, den wir als Kommune noch haben, mit der vorliegenden Planung optimal nutzen. Wir werden mit der vorliegenden Planung die wichtigsten Herausforderungen dieses Jahres meistern.

Um es mit Bill Clinton zu sagen: „Wir können nicht alles tun, aber wir müssen tun, was wir können.“

In diesem Sinne danke
ich für Ihre Aufmerksamkeit.

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT